

49 Prozent Tarifbindung sind zu wenig – Aktionsplan jetzt!

Die neuen Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigen: Die Tarifbindung in Deutschland hat sich 2025 auf niedrigem Niveau stabilisiert. Das ist zunächst eine gute Nachricht. Aber wer jetzt Entwarnung gibt, verkennt die Realität. Denn der Anteil der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben liegt weiter bei nur 49 Prozent, in Ostdeutschland sogar nur bei 45 Prozent (siehe Grafik). Das ist keine Trendwende, sondern Stillstand auf viel zu niedrigem Niveau.

Dass die Tarifbindung nicht weiter abgesackt ist, kommt nicht von allein. Gewerkschaften kämpfen mit den Beschäftigten in den Betrieben, in Tarifrunden und in der politischen Debatte jeden Tag dafür, dass Tarifverträge und gute Arbeitsbedingungen wieder an Bedeutung gewinnen. Aber ein Stopp des Absturzes ist noch kein Erfolg, auf dem man sich ausruhen könnte.

49 Prozent Tarifbindung bleiben ein Armutszeugnis für ein wirtschaftsstarkes Land wie Deutschland. Besonders brisant ist das, weil die EU-Mindestlohnrichtlinie klare Vorgaben macht: Mitgliedstaaten mit einer Tarifbindung von unter 80 Prozent müssen einen nationalen Aktionsplan zur Förderung von Tarifverhandlungen bis Ende 2025 vorlegen. Deutschland liegt mit 49 Prozent davon meilenweit entfernt. Dass er trotzdem weiter fehlt und das CDU geführte Bundeswirtschaftsministerium den überfälligen Aktionsplan blockiert, ist politisch nicht zu rechtfertigen. Denn die bisher vorgesehenen Maßnahmen reichen nicht aus.

Das gerade beschlossene Bundestariftreuegesetz ist ein wichtiger Schritt. Auch die verabschiedete bessere steuerliche Absetzbarkeit von Gewerkschaftsbeiträgen geht in die richtige Richtung. Aber damit allein wird die Tarifbindung nicht

spürbar steigen. Wer es ernst meint mit guten Löhnen, fairen Arbeitsbedingungen und einer starken Tarifbindung, muss mehr tun.

Das ist auch wirtschaftspolitisch dringend geboten. Wenn Tarifverträge fehlen, fehlt nicht nur den Beschäftigten Schutz und Sicherheit. Es fehlt auch Kaufkraft. Gerade in Zeiten hoher Preise für Lebensmittel, Energie und Mobilität sind Tarifverträge ein zentrales Mittel, um Einkommen zu stabilisieren und Reallohnverluste auszugleichen. Der DGB beziffert die Schäden der geringen Tarifbindung auf 58 Milliarden Euro weniger Kaufkraft pro Jahr. Wer die Binnenkonjunktur stärken will, muss deshalb die Tarifbindung stärken.

Die Vorschläge liegen längst auf dem Tisch. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben einen [umfassenden Aktionsplan](#) vorgelegt. Tarifverträge müssen leichter allgemeinverbindlich werden. Gewerkschaften brauchen besseren Zugang zu den Betrieben. Tariffucht und Mitgliedschaften ohne Tarifvertrag in Arbeitgeberverbänden müssen eingedämmt werden. Beschäftigte und Betriebsräte brauchen wirksamen Schutz vor Union-Busting. Es fehlt also nicht an Ideen, sondern am politischen Willen zur Umsetzung!

Dass der freie Fall der Tarifbindung vorerst gestoppt ist, zeigt, dass gewerkschaftlicher Druck wirkt. Aber aus Stillstand wird keine #Tarifwende. Jetzt muss die Bundesregierung endlich liefern und einen [wirkungsvollen Aktionsplan](#) vorlegen.

